

Antragsverfahren für Rufzeichen für Luftfunkstellen im zivilen mobilen Flugfunk

1. Rechtsgrundlage, Ziel und Zweck

Mit dieser Mitteilung wird das Antragsverfahren für die Zuteilung von Rufzeichen für Luftfunkstellen im zivilen mobilen Flugfunk festgelegt und veröffentlicht.

Nach § 108 Abs. 1 Satz 3 des Telekommunikationsgesetzes vom 23. Juni 2021 (BGBl. I S. 1858; TKG) in Verbindung mit § 4 der Telekommunikations-Nummerierungsverordnung vom 5. Februar 2008 (BGBl. I S. 141, die zuletzt durch Artikel 121 des Gesetzes vom 10. August 2021, BGBl. I S. 3436, geändert worden ist; TNV) teilt die Bundesnetzagentur Nummern an Betreiber von Telekommunikationsnetzen, Anbieter von Telekommunikationsdiensten und Endnutzer zu. Nach § 5 Abs. 1 TNV kann die Bundesnetzagentur für Anträge auf Nummernnutzung eine bestimmte Antragsform festlegen. Die Antragsform ist zu veröffentlichen.

Der Nummernplan Rufzeichen für Luftfunkstellen im zivilen mobilen Flugfunk ist in Form einer Allgemeinverfügung festgelegt (siehe Verfügung 3/2022, Amtsblatt der Bundesnetzagentur 01/2022 vom 12.01.2022) und bildet die Grundlage der Zuteilung und der Nutzung der Rufzeichen.

2. Antragsform

Die Zuteilung eines Rufzeichens für Luftfunkstellen im zivilen mobilen Flugfunk erfolgt in Form einer AIRCRAFT STATION LICENCE (Zuteilungsurkunde).

Für einen Antrag auf ein Rufzeichen für Luftfunkstellen im zivilen mobilen Flugfunk stellt die Bundesnetzagentur ein Antragsformular zur Verfügung.

Das Antragsformular ist erhältlich bei der

Bundesnetzagentur
Außenstelle Eschborn
Elly-Beinhorn-Straße 2
65760 Eschborn

und abrufbar auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter www.bnetza.de/flugfunk.

Mit einem Antrag kann nur eine AIRCRAFT STATION LICENCE beantragt werden.

Anträge sind an die Bundesnetzagentur zu senden. Es dient einer schnelleren Bearbeitung, wenn Anträge direkt an die o.g. Anschrift gesendet werden.

3. Bearbeitung der Anträge

Die Bearbeitung der Anträge richtet sich nach der Reihenfolge ihres Eingangs (Eingangsstempel der Bundesnetzagentur).

Maßgeblich ist der Zeitpunkt, zu dem der Antrag vollständig vorliegt. Alle im Laufe eines Tages eingehenden vollständigen Anträge gelten als zeitgleich eingegangen. Bei persönlicher Abgabe eines Antrags wird von der Bundesnetzagentur das Eingangsdatum an Arbeitstagen von montags bis donnerstags von 7.30 Uhr bis 16.15 Uhr und freitags von 7.30 Uhr bis 15.00 Uhr mit einem Eingangsstempel bestätigt. In den Hausbriefkasten der Bundesnetzagentur eingeworfene Anträge gelten als am nächsten Arbeitstag eingegangen.

Jede Antragsbearbeitung ist gebührenpflichtig. Unvollständige Anträge werden abgelehnt.

4. Wirksamkeit

Die Regelungen dieser Mitteilung werden ab dem 13.01.2022 angewendet.

Die Mitteilung 393/2018 wird zugleich zurückgezogen.